

Zeitschrift:	Tugium : Jahrbuch des Staatsarchivs des Kantons Zug, des Amtes für Denkmalpflege und Archäologie, des Kantonalen Museums für Urgeschichte Zug und der Burg Zug
Herausgeber:	Regierungsrat des Kantons Zug
Band:	32 (2016)
Artikel:	"Grimm in der Löwengrube" : die Bürgerlichen "majorisieren" 1916 eine SP-Veranstaltung zur Obersten-Affäre
Autor:	Lang, Josef
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-632513

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Grimm in der Löwengrube»

Die Bürgerlichen «majorisieren» 1916 eine SP-Veranstaltung zur Obersten-Affäre

Am 20. Februar 1916 geschah in Zug etwas Unerhörtes: Die Bürgerlichen übernahmen mit einem Massenaufmarsch eine von der Sozialdemokratischen Partei (SP) organisierte «Volksversammlung». In Anwesenheit des Hauptreferenten Robert Grimm, des wichtigsten Gegners von Bundesrat, Armee und General, liessen die Konservativen und Freisinnigen eine Resolution zu deren Gunsten verabschieden.¹

Die Obersten-Affäre

Noch unerhörter war das Hauptthema von Grimms Referat: die Obersten-Affäre, die im Frühjahr 1916 grosse Teile der Schweiz aufwühlte. Gemäss dem Militärhistoriker Hans Rudolf Fuhrer bedeutete sie für die Schweiz die «tiefgründigste und gefährlichste kulturelle Krise seit dem Sonderbundskrieg». Sein älterer Fachkollege Hans Rudolf Kurz beschrieb sie als «eine der gefährlichsten Belastungen der ganzen Kriegszeit».² Die Generalstabsoffiziere Friedrich Moritz von Wattenwyl und Karl Egli hatten Deutschland und Österreich Informationen über Russland und Frankreich, welche die Schweiz selber dechiffriert hatte, weitergeleitet. Skandalöser

¹ In der von Armin Jans und Richard Aeschlimann redigierten Geschichte der Zuger SP kommt ein Baarer Auftritt Grimms 1914 zur Sprache (Jans/Aeschlimann 1988, 127), nicht aber der Zuger Auftritt von 1916. Beide Auftritte bleiben unerwähnt in Voigt 1980 und McCarthy 1989.

² Fuhrer 1999, 535, bzw. Kurz, 1970, 127.

³ Zitiert in Mittler 2003, 771.

⁴ Sprecher 2000, 789, Anm. 454. Warum wird eine derart brisante Aussage in die Anmerkungen verbannt?

als der Geheimnisverrat waren die Reaktionen des Generals und des Generalstabschefs. Sie enthüllten, wie deutschfreundlich die Armeeführung war, wie gleichgültig sie sich gegenüber der Neutralität verhielt und wie selbstherrlich sie gegenüber Bundesrat und Öffentlichkeit auftrat. So schrieb General Ulrich Wille am 11. Januar 1916 dem Vorsteher des Militärdepartements: «Mag hier Schlimmes, oder wie ich sage mehr oder wenig ganz Harmloses vorgekommen sein, so bleibt sich ganz gleich, dass es einfache Bürgerpflicht ist, die Sache totzuschweigen.»³ Am gleichen Tag schrieb er seiner Frau Clara, geborene Bismarck, hinsichtlich eines trotzdem drohenden Prozesses gegen die beiden Obersten: «Gott gebe, [...] dass die beiden Angeklagten sich gehörig herauslügen können. Dann ist es mir vielleicht möglich, auf meinem Willen, die Sache nieder zu schlagen und die ganze Wahrheit nie hervortreten zu lassen, zu beharren.»⁴ Der Bundesrat selber verlangte unter dem Druck einer aufgewühlten Romandie vom General eine administrative Untersuchung, die Major Max Huber, einem bereits damals angesehenen Juristen, übergeben wurde. Als der Zürcher Universitätsprofessor, FDP-Kantonsrat und Mitglied des Verwaltungskomitees der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ) allzu eifrig ans Werk ging, liess ihn der General zu sich kommen, «um mir zu sagen, dass die Untersuchung im Landesinteresse unbedingt unterbleiben müsse». Das Vorgehen und die Haltung der beiden angeklagten Generalstabsoffiziere erklärte sich Huber damit, «dass in gewissen militärischen Kreisen – auch bei uns – die Wurstig-



Abb. 1 Einladung zur Volksversammlung am 20. Februar 1916 zur «Obersten-Affäre». Das Inserat erschien im «Central-schweizerischen Demokrat» vom 19. Februar 1916. Das «Sozialdemokratische Tagblatt für die Innerschweiz», wie sein Untertitel lautete, war eine Tageszeitung, die in Luzern herausgegeben wurde. Ihre Zuger Auflage belief sich auf etwa 200, was weniger als 2 Prozent der Zuger Haushalte entsprach.



Abb. 2 Das Hotel Löwen am Landsgemeindeplatz in Zug um 1900. Dessen Saal war schon lange vor dem Beginn der Volksversammlung um 14 Uhr voll. Auf Vorschlag der bereits anwesenden Bürgerlichen verschoben die sozialdemokratischen Organisatoren den Anlass zwanzig Minuten vor Beginn in die naheliegende Burgbachturnhalle.

keit, ja Verachtung gegenüber völkerrechtlichen Vorschriften als Beweis militärischen Denkens betrachtet wurde!»⁵

Beim kurzen Prozess, der sich wegen des Drucks aus der Romandie und der Sozialdemokratie nicht verhindern liess, aber am 29. Februar 1916 zum Entsetzen einer breiten Öffentlichkeit zu einem Freispruch führte, hatte Generalstabschef Theophil von Sprecher als Zeuge eine Schlüsselrolle gespielt. Seine Argumentation lief auf eine völlige Relativierung der Neutralität hinaus: «Der Begriff Neutralität ist im allgemeinen ein schwankender, und in diesem Kriege hat er nun so viel Abbruch erlitten, dass man eigentlich gar nicht mehr weiss, welche Ausdehnung er hat.»⁶ Die dem Prozess gleich folgende disziplinarische Bestrafung zu zwanzig Tagen strengem Arrest, die auf Druck des Bundesrats vom General höchst unwillig verfügt wurde, vermochte die Gemüter etwas zu beruhigen.⁷

Die Auseinandersetzung um die Obersten-Affäre wurde in den Monaten Januar, Februar und März 1916 durch weitere Vorkommnisse verschärft: harte Urteile gegen Soldaten, Korruption im Armeekriegskommissariat, Spionageaffäre des Präsidenten der Freiburger Regierung. Dann wurde bekannt, dass der General gegen mögliche Protestkundgebungen nach einem allfälligen Freispruch Truppen bereitgestellt hatte, was in der Romandie und bei der Linken helles Entsetzen auslöste.⁸

Aufruf zur öffentlichen Volksversammlung

Auch wenn praktisch alle bürgerlichen Medien und Parteien der Deutschschweiz, erst recht diejenigen des Kantons Zug,⁹ deutsch- und armefreudlich waren, verursachten die Obersten-Affäre und die Begleitskandale auch diesseits der Saane eine erhebliche Verunsicherung. Die Sozialdemokratie setzte seit Ende 1915 auf die Verknüpfung des Antimilitarismus mit der Verteidigung von Neutralität und Demokratie, wozu die erwähnten Armeegeschichten bestens passten. Kopf der Radikalisierung war Nationalrat Robert Grimm (1881–1958),

der kurz zuvor, im September 1915, im bernischen Zimmerwald eine internationale Konferenz der sozialistischen Kriegsgegner organisiert hatte. Grimm war von 1911 bis 1943 Mitglied der Parteileitung, bis 1955, also 44 Jahre lang, Nationalrat und bereits 1916 das oberste Feindbild der Deutschschweizer Bürgerlichen.¹⁰ Ausgerechnet diesen Grimm luden die Zuger Sozialdemokraten ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt nach Zug ein. Der Inserate-Aufruf, der im Zuger Amtsblatt zweimal erschien, hatte folgenden Wortlaut: «Große öffentliche Volksversammlung. Sonntag, den 20. Februar, nachmittags 2 Uhr im Hotel «Löwen» Zug. Thema: Die Obersten-Affäre. Referent: Nationalrat Robert Grimm, Redaktor der Berner Tagwacht. «Wer die Neutralität unseres Landes noch zu schätzen weiss, erscheine an dieser wichtigen Tagung.» Die sozialdemokratische Geschäftsleitung des Kts. Zug. Die sozialdemokratische Partei der Stadt Zug, Arbeiter-Union Zug.» Im sozialdemokratischen «Centralschweizerischen Demokrat» standen die Sätze: «Wem das Wohlergehen unserer Demokratie am Herzen liegt, der erscheine an dieser Versammlung. Jedermann laden freundlich ein [...] (Abb. 1).»¹¹

Auch der Organisator des Anlasses, der Kantonsrat und Chamer Einwohnerrat Albert Belmont (1875–1969), der die Zuger SP im Schweizer Parteivorstand vertrat und Grimm deshalb persönlich kannte, war für die Bürgerlichen ein rotes Tuch. So war es neun Monate zuvor in Cham, wo der Rechtsanwalt als Schulrats- und Polizeipräsident amtete, zu einem Eklat gekommen. Der später in Deutschland als kommunistischer Verleger berühmt gewordene Willy Münzenberg hatte auf Einladung der sozialistischen Freien Jugend Cham und in Anwesenheit Belmonts einen Vortrag gehalten, in dem Fragen der Sexualität und Religion zur Sprache kamen. Der katholisch-konservative Einwohnerpräsident liess die Versammlung durch Polizisten auflösen, die eigentlich Belmont unterstanden. Belmont selber zog Ende 1916 nach Basel, wo er 1919 in den Nationalrat gewählt wurde und 1921 die Kommunistische Partei mitbegründete.¹²

⁵ Huber 1974, 81 bzw. 79.

⁶ Hauptverhandlungen in der Militärstrafsache der Obersten Egli und von Wattenwyl, 29. Februar 1916, zitiert in Mittler 2003, 776f.

⁷ Schoch 1972, 99f.

⁸ Schoch 1972, 68ff.

⁹ Civelli 2014.

¹⁰ Voigt 1980, 113ff. – McCarthy 1989, 90–137. – Zu Robert Grimm s. Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Bd. 5, Basel 2006, 703f.

¹¹ Amtsblatt des Kantons Zug 7, 12.2.1916, und 8, 19.2.1916 (die Arbeiter-Union Zug ist nur im zweiten Inserat aufgeführt). – Centralschweizerischer Demokrat (sozialdemokratisches Tagblatt für die Innerschweiz), 19.2.1916, Beilage zu Nr. 42.

¹² Zuger Nachrichten (konservatives Organ des Kantons Zug) 57, 13.5.1915; 58, 15.5.1915; 59, 18.5.1915; 60, 20.5.1915; 62, 25.5.1915; 72, 17.6.1915. – Sozialarchiv Zürich, Ar1 110.9. MFC 2, Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes, 5. August 1916. – Stettler 1980, 123f., 567. – In HLS, Bd. 2, Basel 2003, 190, wird Albert Belmont fälschlicherweise als Mitglied der Zuger Stadtlegislative, die erstmals 1962 bestellt wurde, statt der Chamer Gemeindeexecutive vorgestellt. Von Belmont war kein Porträtfoto zu finden.

Mitmachen statt verbieten

Für die Bürgerlichen eines Kantons, in dem die Konservativen vier und die Liberalen drei der sieben Regierungssitze sowie 44 bzw. 24 der 72 Kantonsratsmandate innehatten, war die freundliche Einladung eine massive Provokation. Verschärfend wirkte der allgemeine Prestigeverlust von Bundesrat, Armee und General. Zusätzlich dürfte der strukturelle Umstand, dass Zug sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten relativ stark industrialisiert hatte und eine neue Klasse von Fabrikarbeitern entstanden war, verunsichernd gewirkt haben. Könnte der Sozialdemokratie der bislang ausgebliebene Durchbruch gelingen?¹³

In den konservativen, von Philipp Etter, dem späteren Bundesrat, geleiteten Zuger Nachrichten (ZN), die von fast der Hälfte der 5530 zugerischen Haushalte abonniert wurde, erschien drei Tage vor der Veranstaltung eine erste Warnung unter dem Titel «Vaterlandsfeindliche Propaganda». Dabei wurde ein Zuger Korrespondentenbericht aus den katholisch-konservativen und besonders deutschfreundlichen Neuen Zürcher Nachrichten zitiert: «Die Hetze, die gegenwärtig Arm in Arm von den Welschen und den Sozialisten gegen die politische und militärische Leitung unseres Landes betrieben wird, fängt auch unser wackeres Zugervolk zu beunruhigen an. Die Bürger fragen sich, wie und wo dies enden solle in einer Zeit, da unser Vaterland einig wie noch nie dastehen sollte.» Nach dem Hinweis auf das im Amtsblatt erschienene SP-Inserat fährt der Artikel weiter: «Herr Nationalrat Grimm sollte sich die Reise nach Zug ersparen. Was ein rechter Zuger ist, hat kein Bedürfnis nach seinen Aufklärungen. Wir haben unsere verdienten Vertreter im Ständerat und Nationalrat, und wenn ‹Not am Mann› wäre, würden uns diese schon aufklären.» Nachdem auf den kommenden Gerichtsentscheid zur Obersten-Affäre verwiesen und Grimm als «Hetzapostel von Berufswegen» bezeichnet wurde, wird «unseren Sozialdemokraten» zuerst geraten, «eine bezügliche Agitation nicht ins Volk zu tragen». Dem folgt die Warnung: «Sie könnten sonst sonderbare Dinge erleben. In Zeiten der Landesgefahr kennt das Zugervolk zu Stadt und Land nur die eine Parole: Treu zu Bundesrat und Armeleitung.»¹⁴

Zwei Tage später erscheint der kurze Aufruf «Auf der Hut!» Darin wird die angekündigte Veranstaltung der Zuger SP als «Hetz gegen Bundesrat und General» bezeichnet. Dem folgt die doch überraschende Aussage: «Man hat sich daher in bürgerlichen Kreisen gefragt, ob eine solche Versammlung nicht durch die Regierung verhindert werden sollte.» Offenbar ist ein solches Verbot abgeklärt worden. Der folgende Satz lautet: «Das würde aber über deren Kompetenz hinausgehen, solange nicht gewisse Tatsachen vorliegen.»

¹³ Zu Industrie, Arbeiter und Politik s. Morosoli 2014, Jacobi 2015 sowie Jans/Aeschlimann 1988, 50.

¹⁴ ZN 21, 17.2.1916. – Zu Philipp Etter s. HLS, Bd. 4, Basel 2005, 326.

¹⁵ ZN 22, 19.2.1916

¹⁶ Zuger Volksblatt (freisinniges Organ des Kantons Zug) 22, 19.2.1916. – Zu Hermann Stadlin s. HLS, Bd. 11, Basel 2012, 755.

Dann kommt die Ankündigung dessen, was die Veranstaltung stark prägen sollte: «Hingegen haben die Vorstände der beiden bürgerlichen Parteien beschlossen, die erwähnte Volksversammlung ebenfalls zu besuchen. Deshalb ergeht hiemit der Ruf auch an die Gesinnungsgenossen der conservativen Volks- und Arbeiterpartei des Kantons Zug, zahlreich einzurücken.»¹⁵

Das freisinnige Zuger Volksblatt (ZV), dessen Redaktor Hermann Stadlin gleichzeitig Regierungsrat und Nationalrat war und das von knapp einem Drittel der Haushalte bezogen wurde, hielt sich bis zum Vortag zurück. Dann aber veröffentlichte es am Samstag, den 19. Februar, auf der Titelseite einen gut sichtbaren Aufruf mit dem fett gesetzten Titel: «An unsere Gesinnungsgenossen!» Dann wird auf das Amtsblatt-Inserat der SP hingewiesen, Referent, Ort und Zeitpunkt werden genannt. «In der Einladung im Amtsblatt heisst es: ‹Wer die Neutralität unseres Landes noch zu schätzen weiss, erscheine an dieser wichtigen Tagung.› [...] Die Neutralität unseres Landes wissen auch wir, alle Volksgenossen, zu schätzen. Da es sich um eine allgemeine Volksversammlung handelt, wollen wir, dass das Volk nicht einseitig orientiert werde; [...] deshalb haben wir beschlossen, unsere Gesinnungsgenossen von Stadt und Land aufzufordern, diese grosse öffentliche Volksversammlung zu besuchen. Der Kantonalvorstand der freisinnig-demokratischen Partei» (Abb. 3).¹⁶

Auf derselben Seite erschien eine Polemik gegen die in jenen Tagen gestartete «Initiative der Sozialisten – Aufhebung der Militärjustiz». «Mitten in die Aufregung, in die

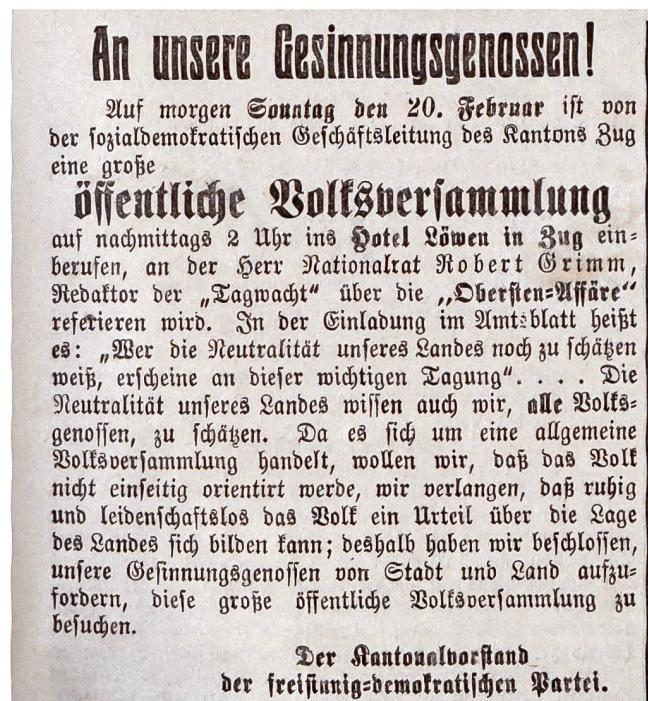


Abb. 3 Öffentlicher freisinniger Aufruf im Zuger Volksblatt vom 19. Februar 1916 zu der von der SP organisierten Volksversammlung vom kommenden Tag. Die FDP nahm die sozialdemokratische Herausforderung bezüglich Neutralität im Amtsblatt-Inserat vom 12. Februar 1916 auf. Zuerst hatten die Bürgerlichen erwogen, die Veranstaltung wegen ihrer armeekritischen Stossrichtung von der Regierung verbieten zu lassen.

große Teile unseres Volkes durch die beklagenswerten Vorkommnisse und durch unverantwortliche Hetzereien getrieben worden sind, [...] lanciert die Sozialdemokratische Partei der Schweiz eine Verfassungsinitiative auf Abschaffung der Militärjustiz.» Interessant ist, dass das Problem eher bei den «Hetzereien», also den Romands und den Linken, als in den «Nachrichtenpreisgaben durch schweizerische Offiziere» (Max Huber) geortet wird. Tatsächlich hatten die Sozialdemokraten den Start der bereits vor der Obersten-Affäre geplanten Initiative wegen dieser «rasch in die Hand» genommen.¹⁷

Die SP scheint geahnt zu haben, dass ihr Aufruf zu einer «Volksversammlung» besser und wohl auch anders als ursprünglich geplant befolgt werden könnte. Jedenfalls wurde am Vortag im «Centralschweizerischen Demokrat», der im Kanton Zug eine Auflage von etwa 200 Exemplaren hatte, folgende Aufforderung aus Baar abgedruckt: «Voraussichtlich wird der Vortrag stark besucht werden, und wir möchten deshalb die Parteigenossen von Baar ersuchen, sich rechtzeitig, ca. halb 1 Uhr, im Gasthaus z[um] «Meienriesli» einzufinden, um womöglich gemeinsam nach Zug marschieren zu können.»¹⁸

Dank an Bundesrat, General und Generalstabschef

Am 20. Februar war der Andrang derart riesig, dass die SP-Veranstaltung nicht im Gasthaus Löwen stattfinden konnte. Der Zuger Korrespondent des «Vaterlandes», des in Luzern publizierten Zentralorgans der Katholisch-Konservativen, war Zeuge des Eintreffens von Grimm und Belmont: «Als der sozialdemokratische «Generalstabschef» Dr. Belmont mit «General» Grimm 20 Minuten vor 2 Uhr im «Löwen» erschien, wurde ihm von bürgerlicher Seite vorgeschlagen, die Tagung in die grosse Halle [= Burgbachturmhalle] zu verlegen. Dr. Belmont lenkte ein undpunkt 2 Uhr konnte er dort die



Abb. 4 Die Burgbachturmhalle (Bildmitte, um 1900), in der die gut tausend Teilnehmer der Volksversammlung knapp Platz fanden. Deren grosse Mehrheit waren Bürgerliche, die von ihren Parteien seit Tagen heimlich mobilisiert worden waren. Die Konservativen und Freisinnigen riefen erst kurz vor dem Anlass offiziell dazu auf, den von der SP organisierten Anlass zu besuchen, womit es ihnen gelang, die Linken zu überraschen.

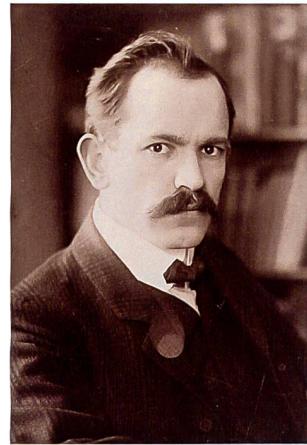


Abb. 5 Robert Grimm (1881–1958) im Jahr 1916. Grimm, politischer Kopf der Sozialdemokraten, Nationalrat und Redaktor, war Hauptredner an der Zuger Volksversammlung. Der Organisator der internationalen Friedenskonferenzen von Zimmerwald und Kiental (1915/16) war damals dabei, die SP auf einen antimilitaristischen Kurs zu bringen. Nicht zuletzt deshalb war er das grösste Feindbild der Bürgerlichen.

auf stark 1000 Mann angewachsene Versammlung eröffnen.» Der Text mit dem biblischen Titel «Grimm in der Löwengrube» fährt weiter mit Anspielungen auf andere linke Feindbilder: «Bei Bestellung des Bureaus wurden ihm zwei «Obersten» [...] zur Seite gegeben.»¹⁹

Die SP hatte sich – wohl aufgrund des Titels «Volksversammlung» – zum Voraus mit den Bürgerlichen geeinigt, dass diese in deren Ablauf einbezogen werden. So wurden von den Anwesenden, wie die ZN am folgenden Dienstag in einem ausführlichen Artikel berichteten, zusätzlich zum Vorsitzenden «Herr Dr. Belmont» der konservative Regierungsrat Josef Plazidus Steiner «als 1. Vizepräsident» und sein freisinniger Amtskollege Fritz Spillmann «als 2. Vizepräsident» gewählt. Weiter konnten anschliessend an Grimms Hauptreferat der freisinnige Nationalrat Hermann Stadlin sowie der konservative Ständerat Josef Andermatt je ein Koreferat halten, bevor der Guest aus Bern zum fünfzehnminütigen Schlusswort ansetzen durfte.²⁰

Offensichtlich war es den Bürgerlichen gelungen, ihre Basis davon zu überzeugen, dass die «Volksversammlung» der Sozialisten und der Auftritt von Grimm eine Herausforderung waren, die es entschlossen zu kontern galt. Die ZN, wahrscheinlich Philipp Etter, beschreibt den Aufmarsch in euphorischen Worten: «Der grosse Saal im Hotel «Löwen» füllte sich schon eine Stunde vor dem angesetzten Beginn der Versammlung; die Elektr. Strassenbahnen brachten noch starke Fähnlein aus dem Aegerital und vom Menzingerberg; aus den Talgemeinden kamen sie mit den Mittagszügen, von Baar her scharenweise zu Fuss und mit dem Tram.»

Nach der Verschiebung in die Burgbachturmhalle und der dortigen Bestellung des «Tagesbureaus» stellte Ständerat An-

¹⁷ ZV 22, 19.2.1916. – Huber 1974, 81. – Sozialarchiv Zürich, Ar1 110.9. MFC 2, Zweite Sitzung der Geschäftsleitung der Soziald. Partei der Schweiz, 19. Januar 1916.

¹⁸ Centralschweizerischer Demokrat, 19.2.1916, Beilage zu Nr. 42.

¹⁹ Vaterland 44, 21.2.1916.

²⁰ ZN 23, 22.2.1916 («Eine imposante Kundgebung»). – ZV 23, 22.2.1916 («Der gestrige Sonntag»). – Centralschweizerischer Demokrat 44, 22.2.16 («Die Oberstenaffäre in Zug»). – Zu Josef Andermatt s. HLS, Bd. 1, Basel 2002, 330.



Abb. 6 Hermann Stadlin-Graf (1872–1950), freisinniger Koreferent zu Grimms Hauptrede, National- und Regierungsrat, Redaktor, Anwalt und Kommandant des Zuger Bataillons. 1918 verlor er seinen Sitz in der kantonalen Exekutive an einen Sozialdemokraten. Stadlins reformierte Frau Lina Graf war eine der ersten promovierten Schweizer Juristinnen und spielte auf der Redaktion des Zuger Volksblatts eine wichtige Rolle.



Abb. 7 Josef Andermatt (1871–1942), konservativer Koreferent zu Grimms Hauptrede, Ständerat, Staatsanwalt, Anwalt. Der «Löwe von Baar», der 1930 Bundesrichter wurde, war bis zum Aufstieg Philipp Etters in den 1920er Jahren die Hauptfigur des politischen Katholizismus im Kanton Zug.

dermatt «unter stürmischem Beifall», wie es in seinem Organ hieß, den Antrag, «dass die Ausländer sich aus dem Saal entfernen oder wenigstens an der Abstimmung nicht teilnehmen». Unterstützt wurde er von «Dr. Hans Schmid». Der konservative Kantonsrat und Hauptmann aus Baar wollte, dass die Ausländer «als Zuhörer sich hinten im Saal aufstellen, damit es bei der Abstimmung keine Konfusionen gebe». In Klammer fügt die ZN dem bei: «Bravo bei den Bürgerlichen; ‹Nein, nein!› bei den Sozialdemokraten.» Belmont wandte ein, «einen Platzwechsel» könne man «im dichtgedrängten Saal ohne Störung nicht vornehmen». Und fügte dann ahnungslos bei: «Er glaube auch nicht, dass man zu einer Abstimmung kommen werde.»²¹

In seinem «fünfviertelstündigen Vortrag», der auch in den beiden bürgerlichen Parteiblättern recht ausführlich, wenn auch tendenziös vorgestellt wurde, machte Grimm aus der Obersten-Affäre und den anderen Militärskandalen eine «Systemfrage». Dabei meinte er vor allem die von General Wille 1907 durchgesetzte Militärorganisation nach preussischem Vorbild, die einen Widerspruch zwischen Armee und Demokratie sowie Neutralität schaffe. Weiter führte er an Beispielen aus, dass die Armeespitze noch viel selbstherlicher agieren würde, wenn die Sozialdemokraten dies nicht verhindert hätten. Stadlin warf dem Sozialisten vor, es ginge ihm bloss darum, «unbegrenztes Misstrauen zu säen gegen die Bundesbehörden und die Armeeleitung». Andermatt wandte sich insbesondere gegen die von der SP Schweiz gestartete Volksinitiative zur Abschaffung der Militärjustiz. Im Schlusswort zeigte sich Grimm laut ZN «bedeutend grimmer als im Referat». Dabei ging er nochmals auf den Zusammenhang zwischen den Affären und dem Militärsystem ein.

Völlig überraschend für die sozialdemokratischen Organisationen schlug Stadlin nach Grimms Schlusswort eine Resolution der beiden bürgerlichen Parteien vor. Ihre Einleitung

²¹ ZN 23, 22.2.1916.

²² Resolution abgedruckt in ZN 23, 22.2.1916, ZV 23, 22.2.1916, und Centralschweizerischer Demokrat 49, 28.2.1916.

²³ Vaterland 44, 21.2.1916. – NZZ 276, 21.2.1916, Erstes Morgenblatt; s. auch NZZ 277, 21.2.16, Zweites Morgenblatt, und 282, 22.2.16, Erstes Morgenblatt. – ZV 24, 24.2.2016.

hatte folgenden Wortlaut: «Die von der sozialdemokratischen Partei des Kantons Zug einberufene, von Angehörigen aller Volksschichten und politischen Parteien über 1000 Mann stark besuchte Volksversammlung beschliesst nach Anhörung eines Referats von Nationalrat Grimm und nach gewalteter Diskussion mit zirka 900 gegen 100 Stimmen.» Dann folgen drei Punkte: «1. Dem Bundesrat und der Armeeleitung – dem General und Generalstabschef – wird der Dank und die Anerkennung ausgesprochen für die getroffenen Massnahmen zur Sicherung der Neutralität und Unverletzlichkeit des Landes und zur Versorgung des Schweizervolkes mit Lebensmitteln und Rohstoffen.» Der zweite Punkt sprach «Bundesrat und Armeeleitung» das «volle Zutrauen» aus und versprach die «Unterstützung gegen jedweden Versuch einer Schwächung derjenigen Vollmachten, welche in dieser schwierigen Zeit [...] notwendig sind». Im dritten Punkt, dem «Dank an die Wehrmänner», dürfte ein wichtiger Grund liegen, warum von den schätzungsweise zweihundert Sozialdemokraten nur etwa die Hälfte gegen die Resolution stimmte. Der «Centralschweizerische Demokrat» schrieb eine Woche nach dem Anlass, dass «das Abstimmungsresultat einzig und allein in der Kombination der Resolution» liege. «Hätte dieselbe den Dank an die Soldaten nicht enthalten, das Bild wäre ein anderes gewesen.»²²

Die Reaktionen in den Medien

Das «Vaterland» warf danach hämisch die Frage auf, ob es «die sozialdemokratische Führung absichtlich oder aus Vergesslichkeit unterlassen hatte, eine Gegenresolution vorzulegen». Es schloss den Beitrag mit dem triumphierenden Satz: «Er [= Grimm] war offenbar froh, schliesslich mit heiler Haut wieder aus der zugerischen ‹Löwen›-Grube herauszukommen». Die NZZ kam an den folgenden Tagen wiederholt auf die Zuger Versammlung zu sprechen. So feierte sie am Tag danach die Resolution, «die dem Bundesrat, der Armee, dem General und dem Generalstabschef das Vertrauen ausdrückte.» Das ZV kostete den Triumph aus, indem es am 24. Februar die Berichte in den beiden freisinnigen Zeitungen «Der Bund» (Bern) und «National-Zeitung» (Basel) und sogar im konservativen «Vaterland» zusammenfasste.²³

Am gleichen Tag verlieh Philipp Etter dem 20. Februar historische Bedeutung: «In wuchtiger Kundgebung haben die Männer von Stadt und Land Zug am letzten Sonntag dem bösen Geist die Türe gewiesen und ihm mit aller Deutlichkeit zu erkennen gegeben, dass er bei den Eidgenossen in der Innerschweiz kein Heimatrecht geniesst noch je geniessen wird. Das Zugervolk ist letzten Samstag gleichsam auf Vorposten gestanden, hat dem Feind im Innern den Eintritt ins eigene Ländchen und in die Urschweiz verwehrt.» Dass Etter dabei an den Sonderbundskrieg dachte, wo der «böse Geist» des Liberalismus nicht abgewehrt werden konnte, zeigen Begriffe wie «eindrucksvolle Landsgemeinde nach alter, urchiger Zugerart» und «gesunde Demokratie» statt «After-Demokratie». Bekanntlich hatten die Freisinnigen 1848 die Landsgemeinde abgeschafft, und auch die Gegenüberstellung der zwei Demokratien hatte eine antiliberalen Schlagseite.²⁴

Wie berichtete die sozialdemokratische Presse über das denkwürdige Ereignis? In der «Berner Tagwacht» erschien gleich am Montag ein längerer Text auf der Titelseite. Beim Autor muss es sich um einen Zuger gehandelt haben. Zuerst wurde erklärt, wie es die Bürgerlichen schafften, die Veranstaltung zu kehren: «Sowohl die freisinnige als die konervative Partei beschlossen, die Versammlung zu majorisieren. Im ganzen Kanton setzte eine wilde Hetze ein. Die bürgerliche Presse spie Galle und Feuer. Die tollsten Schmähungen wurden gegen die Veranstalter und gegen den Referenten, Nationalrat Grimm, geschleudert. [...] Am Versammlungstage selbst erschienen lange vor der festgesetzten Zeit die eingedrillten Scharen der bürgerlichen Parteien. Vom Regierungsrat herunter bis zum Dorfpolizisten, vom wohlgenährten Fabrikdirектор bis zum einfachen Fabrikarbeiter, katholische Jünglingsvereine und alle Korporationen, die den Patrioten zur Verfügung standen, waren aufgerückt.» In einem gewissen Widerspruch zu dieser Einschätzung betonte die «Berner Tagwacht» weiter, dass Grimm «häufig von spontanem Beifall der Versammlung unterbrochen» worden wäre. In den bürgerlichen Medien war das nicht zu lesen. Aber Stadlins gleich eingangs geäussertes Kompliment, Grimm sei «ein guter Volksredner», passt zur zitierten Aussage. Dass dann so wenige gegen die Resolution gestimmt und so viele sich enthalten hatten, erklärte die «Tagwacht» damit, dass «viele Fabrikarbeiter, unter der Kontrolle ihrer Vorgesetzten und Direktoren stehend, Furcht vor Massregelungen empfinden». Der etwas verbitterte Autor – vielleicht Albert Belmont – schliesst mit dem Satz: «Dieser Musterkanton ist ein Beispiel dafür, wie unter der Herrschaft der Fabrikherren, der Kirche und der bürgerlichen Parteien das Recht der freien Meinungsäußerung zur Farce gestempelt wird.»²⁵

Der «Centralschweizerische Demokrat» schrieb im Versammlungsbericht vom 22. Februar von einem «moralischen Erfolg» für den «Referenten» und die «Sozialdemokratische Partei». «Dank dem Kesseltreiben unserer Gegner war es uns möglich, einmal vor der breitesten Öffentlichkeit in einer grossen Volksversammlung unsere Stellungnahme zu den

bekannten Affären klarzulegen.» Sechs Tage später wurde das Vorgehen der Bürgerlichen beschrieben: «Nachdem Land auf und Land ab auf geheimem, schriftlichem Wege die Bürger zur Teilnahme an der Versammlung ersucht wurden, erfolgten Ende der Woche noch die offiziellen Aufrufe durch die Presse. Im Rathauskeller, wo die bürgerliche Sitzung stattfand, wurden die Beschlüsse gefasst und die bekannte Resolution verfasst.»²⁶ Das unterhalb des Zitturms gelegene Restaurant Rathauskeller gehört der Bürgergemeinde Zug.

Von der «Bruderhand» zum Bürgerblock

Das bürgerliche Triumphieren und die hämischen Berichte scheinen der Zuger SP nicht allzu heftig zugesetzt zu haben. Von den laut Vorstandspunkt der nationalen Partei vom 5. August 1916 gesammelten 120 407 Unterschriften für die Abschaffung der Militärjustiz stammten 693 aus dem Kanton Zug. Der Unterschriftenanteil von knapp 0,6 Prozent lag nicht stark unter dem Bevölkerungsanteil von etwa 0,8 Prozent. Bei den Kantonsratswahlen 1918 gewann die SP auf Kosten beider bürgerlicher Parteien 3 neue Sitze und kam auf 7 von 72. Vor allem gelang ihr dank des Proporz des Einzug in die Kantonsregierung – und das ausgerechnet auf Kosten des Freisinnigen Hermann Stadlin – sowie in die kommunalen Exekutiven von Zug und Baar. Bei den Nationalratswahlen, die 1919 erstmals im Proporz durchgeführt wurden, kam die SP auf beachtliche 30,2 Prozent; allerdings hatte für die Bürgerlichen nur der Bisherige Stadlin kandidiert.²⁷

Zudem ging die Auseinandersetzung über Armeefragen gleich weiter. So stellte die Zuger SP am 28. März 1916 den FDP-Nationalrat Stadlin an den Pranger, weil er als Kommandant des Zuger Bataillons 48 einen Soldaten wegen eines geringen Vergehens «vor Kriegsgericht» gestellt hatte, worauf dieses den jungen Zuger zu vier Monaten Gefängnis verurteilte. Dabei strich die SP heraus, dass Stadlin seinerzeit den Freispruch für die beiden Obersten begrüsst und die Disziplinarstrafe gegen sie als zu hart beurteilt hatte.²⁸

Für die Bürgerlichen war die gemeinsame Aktion gegen die von der Linken organisierte Veranstaltung eine Art Probe-

²⁴ ZN 24, 24.2.1916.

²⁵ Berner Tagwacht 43, 21.2.1916.

²⁶ Centralschweizerischer Demokrat 44, 22.2.1916; 49, 28.2.1916; s. weiter 47, 25.2.16, und 61, 13.3.16.

²⁷ Sozialarchiv Zürich, Ar 110.9. MFC 2, Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes, 5. August 1916. – 118 906 Unterschriften waren gültig, die Initiative kam am 30. Januar 1921 national auf 33,6 Prozent, kantonal auf 31,6 Prozent Zustimmung. – Schoch 1972, 131. – Der Kanton Zug hatte erst ab 1922 zwei Nationalrats-Mandate. Da 1922 beide bürgerlichen Parteien kandidierten, fiel die SP auf immer noch beachtliche 22,8 Prozent. Den nach dem Wegzug Belmonds Ende 1916 verlorenen Sitz im Chamer Gemeinderat holte die SP erst 1946 wieder zurück (Jans/Aeschlimann 1988, 140ff.).

²⁸ Centralschweizerischer Demokrat 74, 28.3.1916; 78, 1.4.16; 83, 7.4.16. – ZV 28, 4.3.1916; 37, 25.3.1916; 40, 1.4.1916. – ZN 37, 25.3.1916.

²⁹ Jost 1983, 108–111.

³⁰ Centralschweizerischer Demokrat 49, 28.2.1916.

lauf für die nach Krieg und Generalstreik erfolgte Bildung eines schweizerischen Bürgerblocks. Die Armee war der Hauptort, wo sich die beiden Hauptfeinde des 19. Jahrhunderts trafen, Fremdenabwehr und Nationalismus gehörten zu den gemeinsamen Kerngehalten. Armee, Vaterland und Xenophobie waren die drei bürgerlichen Hauptthemen an der «Volksversammlung» vom 20. Februar 1916 gewesen.²⁹

Der «Centralschweizerische Demokrat» erfasste das Neue, das in der Burgbachturnhalle stattgefunden hat, sehr

gut: «Die beiden bürgerlichen Parteien, die sich das ganze Jahr hindurch in der Lokalpresse besudeln und bekämpfen, sie reichten sich die Bruderhand, um vereint dem roten Gespenst der Sozialdemokratie entgegentreten zu können.» Die doppelte Tatsache, dass die bürgerlichen Wortführer Stadlin und Etter als Offiziere in derselben Zuger Einheit dienten und als Redaktoren gemeinsam gegen den Antimilitaristen Grimm auftraten, hat grosse symbolische und reale Bedeutung.³⁰

Literatur

Ignaz Civelli, Heldenschwert in reinen Händen? Wahrnehmung und Darstellung der Konflikt- und Kriegsparteien in der bürgerlichen Zuger Presse 1912–1918. Tugium 30, 2014, 143–184.

Hans Rudolf Fuhrer, Die Schweizer Armee im Ersten Weltkrieg. Bedrohung, Landesverteidigung und Landesbefestigung. Zürich 1999.

Max Huber, Denkwürdigkeiten 1904–1927. Zürich 1974.

Adrian Jacobi, «... trotz der schwierigen Zeiten ein befriedigendes Ergebnis erzielt». Die Firma Landis & Gyr während des Ersten Weltkriegs. Tugium, 31, 2015, 151–162.

Armin Jans und Richard Aeschlimann, Die Sozialdemokratische Partei im Kanton Zug von ihren Anfängen bis 1988. Zug 1988.

Hans Ulrich Jost, Bedrohung und Enge (1914–1945). In: Ulrich Im Hof, Geschichte der Schweiz und der Schweizer. Basel 1983, Band III, 101–189.

Hans Rudolf Kurz, Dokumente der Grenzbesetzung 1914–1918. Frauenfeld 1970.

Adolf McCarthy, Robert Grimm. Der schweizerische Revolutionär. Bern/Stuttgart 1989.

Max Mittler, Der Weg zum Ersten Weltkrieg. Wie neutral war die Schweiz? Zürich 2003.

Renato Morosoli, Sommer 1914. Der Kanton Zug auf dem Weg vom Frieden in die Kriegszeit. Tugium 39, 2014, 111–126.

Jürg Schoch, Die Oberstenaffäre. Eine innenpolitische Krise (1915/1916). Bern 1972.

Daniel Sprecher, Generalstabschef Theophil Sprecher von Bernegg. Eine kritische Biographie. Zürich 2000.

Peter Stettler, Die Kommunistische Partei der Schweiz 1921–1931. Bern 1980.

Christian Voigt, Robert Grimm. Kämpfer, Arbeiterführer, Parlamentarier. Eine politische Biographie. Bern 1980.

